

ATOMKRAFT FOREVER – Filmvorführung und Podiumsdiskussion

05. Oktober 2021, Hannover

2022 steigt Deutschland endgültig aus der Atomkraft aus: Das letzte Atomkraftwerk wird abgeschaltet, weil die Erfahrung von Fukushima gezeigt hat, dass das Risiko zu hoch ist und die Technik nicht beherrschbar. Doch dass damit das nukleare Problem gelöst wäre, erweist sich bei genauerer Betrachtung als Illusion: Zigtausende Tonnen radioaktiver Müll, dessen Lagerung völlig unklar ist. Gefährlicher Rückbau der Kraftwerke, der Jahrzehnte dauern und viele Milliarden Euro verschlingen wird. Und europäische Nachbarn, die an der vermeintlich sauberen Kernenergie festhalten: Von 27 EU-Staaten betreiben 13 Atomkraftwerke – und der Ausbau geht weiter. Auch wenn das Ende der Atomkraft in einigen europäischen Ländern in Sicht ist, ist die Problematik damit noch nicht beendet. Mit diesen Problemen hat sich der Regisseur Carsten Rau in seinem Film „ATOMKRAFT FOREVER“ beschäftigt. Es wird gezeigt, was der Rückbau der Atomkraftwerke für Folgen mit sich bringt und dass der Kampf gegen die Atomkraft noch lange nicht gewonnen ist.

Die Veranstaltung wurde von **Stephan Meuser**, Leiter des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung, mit einer kurzen Willkommensrede eröffnet. Nach der Filmvorführung hatten interessierte Bürger_innen die Möglichkeit an einer Diskussionsrunde mit Regisseur Carsten Rau und dem Umweltaktivisten und Mitglied der Initiative „ausgestrahlt“ Jochen Stay teilzunehmen.



Dr. Birgit Mangels-Voegt

Moderiert wurde diese von der Politologin **Dr. Birgit Mangels – Voegt**. Bei einer kurzen Feedbackrunde wurde deutlich, dass die Zuschauer waren sich bei der Wirkung und Positionierung des Films uneinig waren. Manche sahen den Film als neutral, andere gegen die Atomkraft gerichtet. Carsten Rau erklärte dem Publikum, dass er sich mit dem Film klar gegen die Atomkraft positioniere.

Das größte Problem, vor welchem Deutschland momentan stehe, sei die Endlagerung der radioaktiven Abfälle aus den Atomkraftwerken, erklärt der Umweltaktivist **Jochen Stay**. 2017 verabschiedete der Bundestag das „Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz - StandAG)“. Dieses Gesetz soll

die Standortsuche für die Endlagerung der radioaktiven Abfälle der deutschen Atomkraftwerke regulieren. Die Schwierigkeit sei, dass es den perfekten Ort für das Endlager gar nicht gäbe, meint Jochen Stay. Das Endlager soll für die nächsten eine Millionen Jahre den radioaktiven Müll sicher lagern können. Man müsse dabei viele verschiedene Faktoren beachten, wie z.B. die kommenden Eiszeiten, vulkanische und seismische Aktivität oder das



Jochen Stay

Grundwasseralter. Das bedeutet, das ganze Standortauswahlverfahren, durchgeführt von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), basiert auf Prognosen für die kommenden Jahrtausende. Ein weiterer Punkt sei die Zeitnot. Das Standortauswahlverfahren soll bis 2031 einen geeigneten Standort gefunden haben. Diese zeitliche Vorgabe ist laut Jochen Stay nicht möglich zu erfüllen, obwohl es dringend notwendig sei den radioaktiven Müll aus den Zwischenlagern umzulagern. Die dort verwendeten Castorbehälter sind

nachweislich nur für 40 Jahre wirklich sicher. Jochen Stay kritisierte auch fehlende Partizipationsmöglichkeiten. Im Standortauswahlgesetz ist zwar ein Beteiligungsverfahren festgehalten, jedoch ist die BGE nur dazu verpflichtet die interessierten und betroffenen Bürger zu informieren, in die finalen Entscheidungen müssten sie aber nicht eingebunden sein. Jochen Stay sieht vor allem ein Problem darin, dass wenn die BGE einen Ort finden würde, wo ein Endlager gebaut werden könnte, die Einwohner sehr wahrscheinlich mit Protest antworten würden. Deswegen schlug er vor, von Anfang an mit den Leuten ins Gespräch zu gehen und gemeinsam Lösungen zu finden, als dies über ihren Kopf hinweg zu entscheiden.



Carsten Rau

Im weiteren Verlauf der Diskussionsrunde kritisierte Jochen Stay und **Carsten Rau** das fehlende Interesse der Öffentlichkeit. Durch das Abschalten aller Atomkraftwerke in Deutschland bis 2022 seien bei weiten die Probleme der Atomkraft nicht gelöst, sie verlagern sich nur. Der Kampf gegen die Atomkraft wäre noch lange nicht gewonnen. Viele Leute, die in den letzten Jahrzehnten gegen die Atomkraft protestiert haben, sahen den Ausstieg Deutschlands aus der Atomkraft bis 2022 als das Endziel im Kampf gegen die Atomkraft an. Dies sei aber nicht so, erklärt Carsten Rau, die wahren Probleme würden jetzt erst beginnen. Die Bürger_innen müssten verstehen, dass die nächsten Jahrzehnte weiter von dem Thema Atomkraft geprägt sein werden, da viele andere Länder weiter auf Atomkraft setzen, wie z.B. Frankreich. Sie sahen den Ausstieg Deutschlands als Fehler an und setzen eher auf den Ausbau ihrer Atomkraft.

Zum Ende der Diskussionsrunde wird von Frau Dr. Birgit Mangels – Voegt die Thematik des „gelben Wasserstoffs“ aufgenommen. Wasserstoff an sich wird in Zukunft bei der Dekarbonisierung der Industrie, insbesondere in der Stahl- und Chemieindustrie, sowie bei Schwerlasttransporten eine wichtige Rolle spielen. Die Entscheidung, ob Wasserstoff wirklich ökologisch ist, hängt davon ab, welcher Strom bei seiner Herstellung verwendet wird. Wenn

dabei Atomstrom genutzt wird, ist von gelbem Wasserstoff die Rede, erklärte Jochen Stay dem Publikum. Die Atomindustrie wittert hier neue Finanzierungs- und Legitimationsmöglichkeiten für die alten Atomkraftwerke und sogar Neubaupläne, die sich sonst schwer realisieren lassen. Das heißt, Atomkraft solle dann als ökologisch gelten, wenn sie als Stromerzeuger für Wasserstoff eingesetzt werden würde. Jochen Stay warnte jedoch, damit die ökologische Transformation der Industrie wirklich gelingt, dürfe hierfür nur grüner Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien Verwendung finden.

Schlussendlich endete die Veranstaltung mit positivem Feedback durch das Publikum. Viele Menschen dankten Jochen Stay und Carsten Rau für den Input und beschrieben ein Gefühl einer erneuten Sensibilisierung ihrerseits, für welches sie sehr dankbar seien. Publikum und Referenten waren sich einig, dass es wichtig ist sich weiterhin gegen die Atomkraft stark zu machen.